
Tortenaktion in Bern: 31.01.05

Der Bund 02.02.05

Torte mit Stacheldraht

Stadt Bern Die Gratulanten wünschten nicht alles Gute zum Geburtstag: Anlässlich von zehn Jahren Zwangsmassnahmen entzündete am Montagabend die Menschenrechtsgruppe Augenauf auf dem Kornhausplatz eine Riesentorte aus Stoff, Fackeln und Stacheldraht. Ein Dutzend Aktivisten verteilten Flugblätter. Darauf stand, dass die Zwangsmassnahmen gegen Ausländer brutal und unverhältnismässig seien. Zudem schränkten sie die Grundrechte von Menschen ein, die keine Straftat begangen hätten.

«Das Asyl- und Ausländerrecht wurde im letzten Jahrzehnt ständig verschärft», sagt Katrin Meyer von Augenauf. Um die Schweiz für Flüchtlinge unattraktiv zu machen, seien zwölfmonatige Ausschaffungshaft, Sozialhilfestopp, Verweigerung der medizinischen Grundversorgung oder etwa Arbeitsverbote eingeführt worden. Trotz der sinkenden Zahl von Asylgesuchen stehe eine weitere Verschärfung zur Debatte. Der Vorschlag des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements – die Einführung einer unbeschränkten «Beugehaft» – widerspreche der Menschenrechtskonvention. Zwangsmassnahmen seien kaum ein Thema, beklagt Meyer. Noch bekämen vor allem Randständige ihre Auswirkungen zu spüren; neben Ausländern etwa Alkoholiker durch Rayonverbote. Die härtere Gangart werde aber vermehrt auch die Gesamtbevölkerung zu spüren bekommen – das zeige der Fall der Basler Fussballfans, die am Bahnhof Altstetten vorsorglich verhaftet wurden. Meyer macht zudem auf die ungleiche Gesetzgebung aufmerksam: Die nationalrätliche Kommission habe kürzlich Zwangsmassnahmen im Steuergesetz als «unverhältnismässig» abgelehnt. Diesen Samstag findet in Zürich eine nationale Kundgebung gegen Zwangsmassnahmen statt. (jäg)

Demo 5.02.05 in Zürich: «10 Jahre Zwangsmassnahmen»

Tages-Anzeiger Online 5.02.05, 15:32, ergänzt 17:03, Zürich

Gegen «unmenschliche Asylpolitik»

Bei eisiger Kälte haben in Zürich rund 1600 Personen unter dem Motto «Solidarität statt Rassismus» demonstriert. Anlass war die Einführung von Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht vor 10 Jahren. Singend und Parolen skandierend zogen die Demonstrierenden mit Transparenten vom Hechtplatz über das Limmatquai durch die Innenstadt zum Helvetiaplatz. Auf Dutzenden von Ballonen wurde zur «Solidarität ohne Grenzen» aufgerufen. Nach Angaben der Stadtpolizei blieb der Umzug friedlich. Die Polizei sprach von 1600 Teilnehmern.

Zu den Forderungen der Kundgebungsteilnehmenden gehört die sofortige Einstellung der Zwangsausschaffungen, die Legalisierung des Aufenthaltsstatus der Sans-Papiers und ein uneingeschränktes Bleiberecht für alle Flüchtlinge.

So müsse auch auf die Abschiebung der seit 10 Jahren illegal in der Schweiz lebende bolivianische Familie Quispe verzichtet werden, deren Gesuch die Zürcher Regierung dieser Tage abgelehnt hatte, wurde verlangt.

Nötig sei der Kampf gegen die «menschenverachtende Abschreckungspolitik», die für Balthasar Glättli von «Solidarité sans frontières» Folter gleichkommt.

news.ch Samstag, 5. Februar 2005 / 17:35:56

Demo fordert Solidarität statt Rassismus

Zürich - Bei eisiger Kälte haben in Zürich rund 700 Personen gegen eine unmenschliche Asylpolitik demonstriert. Es sei ein Protest gegen die Kälte in der Politik, sagte Balthasar Glättli von Solidarité sans frontières.

Anlass für die von der Menschenrechtsgruppe augenaufr organisiert nationale Demonstration Solidarität statt Rassismus war die Verschärfung des Asylrechts vor 10 Jahren durch die Einführung der Zwangsmassnahmen. Im vergangenen Jahrzehnt seien grundlegende Menschenrechte systematisch ausgehöhlt worden.

Singend und Parolen skandierend zogen die Demonstrierenden mit Transparenten vom Hechtplatz über das Limmatquai durch die Innenstadt zum Helvetiaplatz. Auf Dutzenden von Ballonen wurde zur Solidarität ohne Grenzen aufgerufen. Nach Angaben der Stadtpolizei blieb der Umzug friedlich.

Bleiberecht für Flüchtlinge

Zu den Forderungen der Kundgebungsteilnehmenden gehört die sofortige Einstellung der Zwangsausschaffungen, die Legalisierung des Aufenthaltsstatus der Sans-Papiers und ein uneingeschränktes Bleiberecht für alle Flüchtlinge.

So müsse auch auf die Abschiebung der seit 10 Jahren illegal in der Schweiz lebenden bolivianischen Familie Quispe verzichtet werden, deren Gesuch die Zürcher Regierung dieser Tage abgelehnt hatte, wurde verlangt. Die Schweiz brauche eine neue solidarische Asyl- und Migrationspolitik.

Demo auch in Freiburg

Auch in Freiburg haben 250 Personen ihren Protest gegen die Schweizer Asylpolitik auf die Strasse getragen. Sie demonstrierten ihre Unterstützung für das Freiburger Sans-Papiers-Kollektiv und verlangten die Aufnahme aller in der Schweiz lebenden Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus.

Das Freiburger Kollektiv hatte Ende Januar 134 Dossiers von Sans- Papiers zur Überprüfung bei der Regierung eingereicht. Damit will die Gruppe die Regularisierung von 257 Personen erreichen, darunter 103 Kinder.

mo (Quelle: sda)

Der Standard (Wien) 05. Februar 2005 17:39

Nationale Anti-Rassismus-Demo in Zürich

Hunderte Menschen protestieren gegen Zwangsmaßnahmen in der Schweizer Asylpolitik

Zürich - Bei eisiger Kälte haben am Samstagnachmittag in Zürich rund 700 Personen gegen eine "unmenschliche Asylpolitik" in der Schweiz demonstriert. Es sei ein Protest "gegen die Kälte in der Politik", sagte Balthasar Glättli von "Solidarité sans frontières".

Anlass für die von der Menschenrechtsgruppe "augenaufr" organisierten nationalen Demonstration "Solidarität statt Rassismus" war die Verschärfung des Asylrechts vor 10 Jahren durch die Einführung

der Zwangsmaßnahmen. Im vergangenen Jahrzehnt seien grundlegende Menschenrechte systematisch ausgehöhlt worden.

Zu den Forderungen der Kundgebungsteilnehmer gehört die sofortige Einstellung der Zwangsabschiebungen, die Legalisierung des Aufenthaltsstatus der "Papierlosen" (Sans-Papiers) und ein uneingeschränktes Bleiberecht für alle Flüchtlinge.

"Menschenverachtende Abschreckungspolitik"

So müsse auch auf die Abschiebung der seit 10 Jahren illegal in der Schweiz lebende bolivianische Familie Quispe verzichtet werden, deren Gesuch die Zürcher Regierung dieser Tage abgelehnt hatte, wurde verlangt.

Nötig sei der Kampf gegen die "menschenverachtende Abschreckungspolitik", die Folter gleichkomme. Die Schweiz brauche eine neue solidarische Asyl- und Migrationspolitik. (APA/sda)

affolternonline.ch 05.02.2005 21:13, ZÜRICH

Demonstrationen gegen die Asylpolitik

Demo: Solidarität gefordert

(Foto: Keystone)

Bei eisiger Kälte haben in Zürich rund 700 Personen gegen eine «unmenschliche Asylpolitik» demonstriert. Es sei ein Protest «gegen die Kälte in der Politik», sagte Balthasar Glättli von «Solidarité sans frontières».

Anlass für die von der Menschenrechtsgruppe «augenauß» organisierte nationale Demonstration «Solidarität statt Rassismus» war die Verschärfung des Asylrechts vor 10 Jahren durch die Einführung der Zwangsmassnahmen. Im vergangenen Jahrzehnt seien grundlegende Menschenrechte systematisch ausgehöhlt worden.

Singend und Parolen skandierend zogen die Demonstrierenden mit Transparenten vom Hechtplatz über das Limmatquai durch die Innenstadt zum Helvetiaplatz. Auf Dutzenden von Ballonen wurde zur «Solidarität ohne Grenzen» aufgerufen. Nach Angaben der Stadtpolizei blieb der Umzug friedlich.

Zu den Forderungen der Kundgebungsteilnehmenden gehört die sofortige Einstellung der Zwangsausschaffungen, die Legalisierung des Aufenthaltsstatus der Sans-Papiers und ein uneingeschränktes Bleiberecht für alle Flüchtlinge.

So müsse auch auf die Abschiebung der seit 10 Jahren illegal in der Schweiz lebenden bolivianischen Familie Quispe verzichtet werden, deren Gesuch die Zürcher Regierung dieser Tage abgelehnt hatte, wurde verlangt. Die Schweiz brauche eine neue solidarische Asyl- und Migrationspolitik.

Auch in Freiburg haben 250 Personen ihren Protest gegen die Schweizer Asylpolitik auf die Strasse getragen. Sie demonstrierten ihre Unterstützung für das Freiburger Sans-Papiers-Kollektiv und verlangten die Aufnahme aller in der Schweiz lebenden Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus.

Das Freiburger Kollektiv hatte Ende Januar 134 Dossiers von Sans-Papiers zur Überprüfung bei der Regierung eingereicht. Damit will die Gruppe die Regularisierung von 257 Personen erreichen, darunter 103 Kinder. (sda)

BaZ online, letzte Änderung: 05.02.05 19:35

Zürich: Demonstration für «Solidarität statt Rassismus» (05.02.)

Demonstrationen für Solidarität statt Rassismus

Zürich/Freiburg. AP/baz. Mehrere hundert Personen haben am Samstag in Zürich und Freiburg für «Solidarität statt Rassismus» demonstriert. Sie verlangten unter anderem die Einstellung von Zwangsausschaffungen, ein Bleiberecht für alle Flüchtlinge sowie eine Legalisierung des Aufenthaltsstatus von Sans-Papiers.

Getragen wurde die Kundgebung von einem Bündnis von Menschenrechts- und Migrantenorganisationen, dem unter anderem auch die Grünen und die Organisation «augenauf» angehörten. Nach Angaben von «augenauf» begann in der Schweiz am 1. Februar 1995 mit der Aufnahme von Zwangsmassnahmen im Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung von Ausländern (ANAG) eine Zeit der systematischen Aushöhlung der Grundrechte und des Rechts auf Asyl. Es sei deshalb nötig, nun endlich der «rassistischen Hetze» ein Ende zu bereiten und eine neue solidarische Migrationspolitik auf die Beine zu stellen.

Im eidgenössischen Parlament setzt man zurzeit jedoch auf die harte Linie. Erst am (gestrigen) Freitag hatte die vorberatende Kommission des Ständerats entschieden, bei der Verschärfung des Asylrechts weiter zu gehen als der Bundesrat. Sie schlug vor, die von Bundesrat Christoph Blocher lancierte Idee einer Durchsetzungshaft aufzunehmen, unkooperativen Asylbewerbern die Nothilfe zu kürzen und die humanitäre Aufnahme umzugestalten. Die Flüchtlingshilfe zog deshalb bereits eine «traurige Bilanz».

6. Februar 2005, 02:05, NZZ Online

Für «Solidarität statt Rassismus» demonstriert

Einige hundert Teilnehmer in Zürich

Mehrere hundert Personen haben am Samstag in Zürich für «Solidarität statt Rassismus» demonstriert. Sie verlangten die sofortige Einstellung von Zwangsausschaffungen, ein Bleiberecht für alle Flüchtlinge sowie eine Legalisierung des Aufenthaltsstatus von Sans-Papiers.

(ap) Organisiert hatten die Manifestation ein breites Bündnis von Menschenrechts- und Migrantenorganisationen; diesem gehörten unter anderem auch die Organisation «augenauf» und das Zürcher «Colectivo Sin-Papeles» an.

Nach Angaben von «augenauf» begann in der Schweiz am 1. Februar 1995 mit der Aufnahme von Zwangsmassnahmen im Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung von Ausländern (ANAG) eine Zeit der systematischen Aushöhlung der Grundrechte und des Rechts auf Asyl. Es sei deshalb nötig, nun endlich der «rassistischen Hetze» ein Ende zu bereiten.

Oltner Tagblatt 7.2.05

Gegen eine Aushöhlung des Asylrechts

Demonstrationen Tausend Menschen auf der Strasse

Rund 1000 Menschen haben am Samstag in Zürich und Freiburg für «Solidarität statt Rassismus» demonstriert. Sie verlangten unter anderem die Einstellung von Zwangsausschaffungen, ein Bleiberecht für alle Flüchtlinge sowie eine Legalisierung des Aufenthaltsstatus von Sans-Papiers. Die Kundgebungen verliefen friedlich. In Zürich nahmen nach Polizeiangaben rund 700 und in Freiburg

rund 250 Menschen an der Kundgebung teil. Getragen wurde sie von einem Bündnis von Menschenrechts- und Migrantenorganisationen. Nach Angaben der Organisation «augenauf» begann in der Schweiz am 1. Februar 1995 mit der Aufnahme von Zwangsmassnahmen im Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung von Ausländern eine Zeit der systematischen Aushöhlung der Grundrechte und des Rechts auf Asyl. Es sei deshalb nötig, der «rassistischen Hetze» ein Ende zu bereiten und eine neue, solidarische Migrationspolitik auf die Beine zu stellen. (ap)

Freiburger Nachrichten 7. Februar 2005, Agglomeration

Kundgebung für Papierlose

Rund 250 Personen haben am Samstagnachmittag in der Stadt Freiburg an einem Umzug teilgenommen, um ihrer Forderung für eine kollektive Regelung der Situation der Papierlosen Nachdruck zu verleihen.

Die bewilligte Kundgebung, die auf dem Pythonplatz begann, hatte insbesondere zum Zweck, die letzte Initiative des Freiburger Kollektivs der Papierlosen zu unterstützen. Ende Januar hatte das Kollektiv beim Staatsrat eine Liste von 134 Dossiers hinterlegt. Berücksichtigt man den Familienzusammenzug, sind von den 134 Dossiers 257 Personen, davon 103 Kinder, betroffen, für welche eine kollektive Regelung verlangt wird.

Bei der Kundgebung in Freiburg haben auch Vertreter der Kollektivs von Genf, der Waadt und dem Wallis teilgenommen. Ein Veranstaltung mit dem gleichen Ziel fand ebenfalls in Zürich statt, an der rund 700 Personen «Solidarität statt Rassismus» verlangt hatten. FN/sda

7.02.05 Bieler Tagblatt, Schweiz-BE

«Solidarität statt Rassismus»

sda. Bei eisiger Kälte haben am Samstagnachmittag in Zürich rund 700 Personen gegen eine «unmenschliche Asylpolitik» demonstriert. Es sei ein Protest «gegen die Kälte in der Politik», sagte Balthasar Glättli von «Solidarité sans frontières».

7. Februar 2005, Neue Zürcher Zeitung

Nationale Demonstration gegen das Ausländerrecht

700 Teilnehmer in Zürich

mbm. Gegen 700 Personen haben sich am Samstag trotz Temperaturen knapp über dem Gefrierpunkt nicht davon abhalten lassen, in Zürich an der nationalen Demonstration gegen das geltende Ausländerrecht zu demonstrieren. Die von der Menschenrechtsgruppe «Augenauf» organisierte und durchwegs von linken Organisationen unterstützte Demonstration stand unter dem Motto «Solidarität statt Rassismus». Anlass für die friedlich verlaufene Kundgebung war die Verschärfung des Asylrechts vor zehn Jahren durch die Einführung der Zwangsmassnahmen. Verschiedene Redner behaupteten, dass seither in der Schweiz grundlegende Menschenrechte systematisch ausgehöhlt worden seien und dass menschenverachtende Abschreckungspolitik betrieben werde. Vielmehr brauche es dringend eine neue, solidarische Asyl- und Migrationspolitik.

Die Demonstranten hatten sich um 13 Uhr 30 auf dem Hechtplatz versammelt, von wo aus sie singend, Parolen skandierend und Transparente schwenkend durch den Limmatquai und die Innenstadt zum

Helvetiaplatz zogen. Viele Teilnehmer führten Ballone mit sich, auf denen Parolen standen. Gefordert wurden die sofortige Einstellung der Zwangsausschaffungen, die Legalisierung des Aufenthaltsstatus der Sans-Papiers und ein uneingeschränktes Bleiberecht für alle Flüchtlinge. In diesem Zusammenhang wurde auf einen Fall aus Zürich hingewiesen: Redner verlangten, dass auf die Abschiebung der bolivianischen Familie Quispe, die seit rund zehn Jahren illegal in der Schweiz lebt, verzichtet wird. Das Gesuch der fünfköpfigen Familie um eine Aufenthaltsbewilligung hatte der Regierungsrat dieser Tage mit der Begründung, es handle sich um keinen Härtefall, zu Recht abgelehnt (NZZ 4. 2. 05).
